

# Unterschriften überreicht

## Entzug der Haltungserlaubnis von Kampfhunden im Hundezentrum gefordert

**Rosenau/Mammingerschwaigen.**  
(ez) Rosenauer Bürger waren im vergangenen Jahr zusammengekommen, um sich dem Thema Kampfhunde der Kategorie I + II zu widmen. Hier startete auch die Unterschriftenaktion, mit der man den Entzug der Erlaubnis diese Tiere in der Rosenau im Hundezentrum Isartal zu halten und auszubilden, erwirken möchte.

Nun waren Rudi Ammer und Helmut Janker bei Bürgermeisterin Irmgard Eberl zu Gast, um ihr die bereits rund 120 aus dem Umfeld gesammelten Unterschriften zu überreichen. Coronabedingt war man in dem Anliegen etwas ausgebremst worden, berichteten die beiden. Jedoch habe man aufgrund der Vorkommnisse in Weng, wo ein Mädchen von einem Kampfhund schwer verletzt wurde, wieder Fahrt aufgenommen. „Genau vor solchen Dingen haben wir gewarnt und tun es noch immer. So etwas darf nicht passieren“, stellt Ammer klar. Denn die Anlieger des Hundezentrums hegen genau diese Befürchtung.

Zum Zwecke der Hundeerziehung beziehungsweise sportlich-züchterischen Ausbildung werden im Hundezentrum Isartal unter anderem sogenannte Kampfhunde der Kategorie I und II gehalten und ausgebildet. Laufende Unstimmigkeiten führten dazu, dass die befristete Erlaubnis zur Haltung und Ausbildung der Tiere von Seiten der Gemeinde entzogen wurde. Glaubhafte und nachvollziehbare Beschwerden, die bei der Gemeindeverwal-



**Bürgermeisterin Irmgard Eberl nimmt die Unterschriftenlisten von Rudi Ammer und Helmut Janker entgegen.**

tung eingegangen waren, führten zu diesem Bescheid.

Der Inhaber hatte mittlerweile Klage gegen den Bescheid erhoben, das heißt, aktuell darf er seiner Tätigkeit wie bisher nachgehen, bis eine Entscheidung von Seiten des Gerichts getroffen wurde. Der Inhaber beruft sich auf eine externe Stellungnahme, in der die Rede ist von hervorragenden Kenntnissen und den räumlichen Voraussetzungen zur Gründerziehung, sportlich-züchterischen Ausbildung von Hunden aller Rassen als Vorbereitung

auf Hundeprüfungen sowie zur Korrektur und Resozialisierung von verhaltensauffälligen Hunden.

Bürgermeisterin Irmgard Eberl erklärte, es handle sich hier um ein laufendes Verfahren. Die gesammelten Unterschriften werde sie daher an den Rechtsbeistand zur weiteren Verwendung weiterleiten. Sie nehme die Sache sehr ernst, es handle sich um ein schwieriges Thema.

Die Entscheidung liegt jedoch nicht in Gemeindehand, sondern eben auf gerichtlicher Ebene.